

Antrag Öffentlich	Datum 9. Febr. 10	Nummer 1455/10
Absender Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen Rathaus 38100 Braunschweig		
Adressat Oberbürgermeister Dr. Hoffmann Rathaus 38100 Braunschweig		
Gremium Rat	Sitzungstermin 16. Febr. 10	
Betreff Umgang mit Atommüll in Braunschweig (TOP 11)		

Der Rat der Stadt Braunschweig wird gebeten, zu beschließen:

„Der Rat der Stadt Braunschweig stellt fest:

1. Radioaktive Abfälle, die in den vergangenen Jahrzehnten in der Schachanlage Asse eingelagert worden sind, sind eine Gefahr für Bürgerinnen und Bürger.
2. Derartige Abfälle dürfen deshalb in Braunschweig nicht transportiert und auch nicht behandelt oder verpackt werden.

Der Rat der Stadt Braunschweig bittet deshalb die Verwaltung, zu berichten und die Bevölkerung darüber zu informieren, in welchem Umfang und wann derartige Transporte oder eine Bearbeitung von radioaktiven Abfällen in Braunschweig bereits erfolgen, bzw. zu erwarten sind.

Der Rat der Stadt bedauert angesichts der aktuellen Situation, dass sich die Stadt Braunschweig im Jahre 2002 von den regionalen Aktionen gegen die Einlagerung von Atommüll in Salzgitter, Morsleben und der Asse zurückgezogen hat. Er bittet deshalb den Oberbürgermeister, seine Aktivitäten zur Bildung einer Region Braunschweig auch mit dem Ziel der Vermeidung jeglicher Atommülllagerung in der Region voranzutreiben.

Der Rat der Stadt Braunschweig erklärt darüber hinaus, dass er es für nicht verantwortbar hält, weiterhin Atommüll zu produzieren, obwohl nach wie vor kein sicheres Endlager hierfür existiert. Die Stadt und die Region Braunschweig ist von einer solchen weiteren Produktion atomarer Abfälle besonders betroffen, weil außer dem planfestgestellten Atommülllager im Schacht Konrad in Salzgitter keinerlei Endlagerungsmöglichkeit in Deutschland besteht. Daraus ergibt sich auch, dass die Stadt Braunschweig die Verlängerung von Laufzeiten für Atomkraftwerke ablehnt.“

Begründung:

Nachdem öffentlich wurde, dass in der Asse jahrelang rechtswidrig, teilweise unkontrolliert Atommüll eingelagert worden ist, der nun wieder aus dem Bergwerk herausgeholt und zum Teil anderweitig gelagert werden soll, haben sich die Fraktionen des Rates bereits eindeutig gegen die Behandlung des Atommülls und dessen Transport in der Stadt geäußert. Dieses Vorgehen reicht jedoch nicht zum Schutz der Braunschweiger Bevölkerung gegen die Gefahren des Atommülls aus. Denn in der Nähe der Stadt gibt es das planfestgestellte Endlager „Schacht Konrad“ sowie das immer noch betriebene Lager Morsleben. Deshalb haben gerade in dieser Frage ein regionales Bewusstsein und eine regionale Identität einen besonders hohen Stellenwert.

Der Oberbürgermeister will am 12.2.10 eine Veranstaltung zum zweijährigen Jubiläum seines persönlichen Vorstoßes zur Bildung einer Verwaltungseinheit „Region Braunschweig“ durchführen. Er hat in den vergangenen Monaten immer wieder erklärt, für wie wichtig er eine regionale

Gebietskörperschaft hält. Leider hat er aber gemeinsam mit den Fraktionen von CDU und FDP 2002 sowohl auf eine Klage gegen die Einlagerung von Atommüll in den Schacht Konrad und gegen Transporte dorthin über Braunschweiger Stadtgebiet verzichtet wie auch den Austritt der Stadt Braunschweig aus der Arbeitsgemeinschaft Schacht Konrad erwirkt.

gez. Holger Herlitschke
(Fraktionsvorsitzender)